

25. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. November 1952

603/J

A n f r a g e

der Abg. Dipl.-Ing. Dr. Scheuch, Hartleb, Dr. Gasselich, Rammer und Gonosson
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
betreffend Viehabsatz.

-.-.-

Vieh und Holz sind für die gesamte österreichische Landwirtschaft eine entscheidende, für die Bergbauernschaft nahezu die einzige Einnahmequelle. Die seit dem Sommer 1952 eingetretene Viehabsatzkrise hat zu einem produktionsgefährdenden Verfall der Erzeugerpreise für Vieh geführt, ohne dass bei den Fleischpreisen eine entsprechende Entlastung für die Konsumenten eingetreten ist. Nach durchgeführten genauen Erhebungen ist der Schlachtrinderpreis in St. Marx im Durchschnitt aller Qualitäten seit Juni 1952 um rund 35% gefallen. Eine ähnliche Entwicklung ist in den Bundesländern zu verzeichnen. Hievon werden in erster Linie die Bergbauern als der schwächste Teil der österreichischen Landwirtschaft betroffen.

Nach den Feststellungen der Buchstellen entfallen in den Gebirgsländern rund 80% aller Einkünfte der Bauern auf die Viehzucht und Viehhaltung. Der gleichzeitige Verfall der Produzentenpreise für Vieh und Holz und das katastrophale Ausmass des Preisrückganges führt zu einer Existenzgefährdung der betroffenen Betriebe, zumal die Preise für landwirtschaftliche Bedarfsartikel, die Steuern und Abgaben sowie der sonstige Betriebsaufwand im gleichen Zeitraum nicht unwesentlich gestiegen sind. Dieser Zustand findet in der rapid ansteigenden Zahl von Exekutionen, in steigenden Steuer- und Sozialbeitragsrückständen und insbesondere in der Einschränkung und Einstellung produktionsfördernder Investitionen seinen beredten Ausdruck.

Die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiete des Viehabsatzes ergriffenen Massnahmen wurden verspätet eingeleitet, ferner waren sie teils unzureichend, teils einseitig und vor allem schon deshalb von geringem Wirkungsgrad, weil man eine Regelung auf dem Zentralviehmarkt St. Marx, der für die gesamte Preisbildung auf dem viehwirtschaftlichen Sektor in Österreich entscheidend ist, unterlassen hat.

Verschärft wird die Viehabsatzkrise durch die infolge der sommerlichen Dürre vielfach unzureichenden Rauhfuttermvorräte und durch unaufschiebbare Zwangsverkäufe infolge Geldnot.

27. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. November 1952

Die seit dem Sommer 1952 herrschenden Verhältnisse bringen aber auch eine tiefgehende Störung der seit Jahrzehnten altbewährten Arbeitsteilung zwischen den Aufzuchtgebieten der Alpenländer einerseits und den Mast- und Nutzungsgebieten andererseits.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die

A n f r a g e :

- 1.) Sind dem Minister die vollkommen untragbaren Verhältnisse auf dem Gebiet des Viehabsatzes in ihrem vollen Umfange und in ihrer ganzen Auswirkung bekannt?
- 2.) Was gedenkt der Minister zu tun, um jene von ihm wiederholt selbst als notwendig bezeichneten Abhilfemassnahmen wirksam in Kraft zu setzen, die nicht nur die katastrophale Entwicklung aufhalten, sondern auch wiederum einen tragbaren Zustand herstellen, welcher die Existenz der Bauern und die Aufrechterhaltung der Produktion sichert?

-.--